

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan    Telefon (075) 237 51 51    Fax Redaktion (075) 237 51 55    Fax Inserate (075) 237 51 66    Amtliches Publikationsorgan    1.00 Fr.

## AKTUELL

### Die Frühjahrsmesse zog 75 000 Besucher an

Die 21. Dornbirner Frühjahrsmesse ist am Sonntag mit einem Rekordergebnis zu Ende gegangen. An den vier Messetagen wurden 75 000 Eintrittskarten verkauft, sieben Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1994. Die meisten Aussteller waren mit dem Messerverlauf zufrieden. Gute Abschlüsse und Kontakte für das Messe-Nachgeschäft meldeten vor allem Vertreter der Einrichtungsbranche, Autohändler sowie der Heizungs- und Sanitärbranche. Zufrieden sind auch die Bau- und Tourismusbranche. 500 Aussteller



präsentierten auf 20 000 Quadratmetern ihre Produkte und Dienstleistungen. Schwerpunkt der Frühjahrsmesse war die Sonderschau «Faszination Pferd». Bild oben: Impressionen von der Modenschau.

### HSG-Promotionsfeier

Insgesamt 78 Doktorinnen und Doktoren sowie 249 Diplomandinnen und Diplomanden haben gestern an der Promotionsfeier der Universität St.Gallen (HSG) ihre Urkunden erhalten. Rektor Georges Fischer warnte in seiner Rede vor Stolz und Selbstzufriedenheit. Mehr über die Feier und die Liechtensteiner HSG-Absolventen auf Seite 2.

### Sechseläuten in Zürich

Der Zürcher «Böögg» ist am Sechseläuten vom Montag äusserst schnell verbrannt. Sein Kopf explodierte bereits nach acht Minuten und 18 Sekunden, was gemäss Überlieferung einen Prachtsommer verheisst. Ver-



gebens warteten Tausende von Zuschauern, dass der Schneemann wie 1994 und 1993 vom Scheiterhaufen kippt. Vor der Verbrennung des «Bööggs», die die Vertreibung des Winters symbolisiert, hatte sich bei strahlendem Wetter der traditionelle Zug der Zünfte durch die Zürcher Innenstadt bewegt.

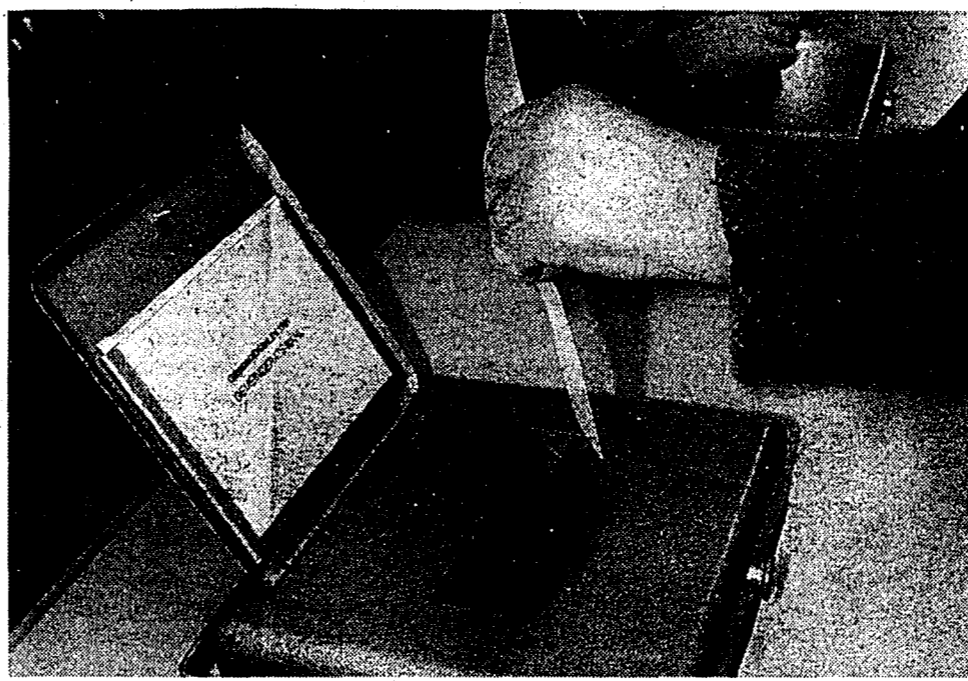
## Erhalten Ausland-Liechtensteiner das Wahl- und Stimmrecht?

Vorlage der Regierung steht voraussichtlich im Mai erneut zur Debatte – Bedenken im Landtag wegen hoher Zahl von Ausland-Liechtensteinern

(G.M.) – Erhalten Ausland-Liechtensteiner, sofern das Briefwahlrecht eingeführt wird, ebenfalls das Recht zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen? Diese Frage wird den Landtag, wenn er sich in der nächsten oder übernächsten Sitzung mit der Regierungsvorlage über das Briefwahlrecht befasst, erneut beschäftigen.

Die Regierung sprach sich bereits in ihrem Vernehmlassungsbericht gegen die Einführung des Briefwahlrechts für Ausland-Liechtensteinerinnen und Ausland-Liechtensteiner aus. «Der Anteil der im Ausland lebenden, stimmberechtigten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wäre, gemessen an den im Inland lebenden, stimmberechtigten Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern prozentual recht gewichtig», hatte die Regierung zu diesem Problem ausgeführt. Nach einer Schätzung lebten 1993 rund 2000 stimm- und wahlberechtigte Liechtensteiner im Ausland – gesamthaft wurden damals 2692 im Ausland lebende Liechtensteiner statistisch erfasst.

Im Inland wurden zum gleichen Zeitpunkt rund 14 000 Stimm- und Wahlberechtigte registriert. Der Anteil der im Ausland wohnhaften, wahlfähigen Liechtensteiner machte damit etwa einen Siebtel der effektiv Stimmberechtigten aus. Eine derart grosse Gruppe Wahlberech-



Wird das generelle Briefwahlrecht eingeführt? Erhalten auch die Ausland-Liechtensteiner die Möglichkeit zur Wahl- und Abstimmungsentscheidung mit der Briefwahl? Diese Fragen hat der Landtag in seiner nächsten oder übernächsten Sitzung zu beantworten, wenn die Vorlage über das Briefwahlrecht erneut zur Debatte steht.

tigter, die nur zum Teil nach landläufiger Einschätzung dem einen oder anderen politischen Lager zugeordnet werden kann, könnte eine Wahlentscheidung beeinflussen.

Die Regierung sprach sich deshalb für die Beibehaltung des Wohnsitzprinzips aus, weil nach ihrer Auffassung «der Wohnsitz neben der Staatsbürgerschaft eine besondere Beziehung zum Land und

seinen politischen Aufgaben» schaffe. «Liechtensteinischen Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen und mit ihrem ausländischen Wohnsitz verbunden sind», argumentierte die Regierung in ihrem Bericht, «fällt es in der Regel nicht leicht, die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Liechtenstein mitzuvollziehen.» Allerdings relativierte die Regierung diese Aussage, wie dies auch verschiedene Abgeordnete taten, dass viele Ausland-Liechtensteiner ebenso viel Kenntnisse und ebenso viel Interesse hätten wie im Land wohnhafte Stimmberechtigte. Der Liechtensteiner Verein Zürich schrieb in diesem Zusammenhang in einem offenen Brief an die Regierung von einer «Ungeheuerlichkeit», wenn den Ausland-Liechtensteinern mangelndes Interesse vorgeworfen werde: «Wenn wir auf Grund einer gewissen gesunden Distanz die liechtensteinische (Partei-)Politik wesentlich sachlicher und vielleicht oft auch kritischer betrachten, ist das noch lange kein Grund, uns ins (politische) Abseits zu stellen.» Was die fehlenden Informationsmöglichkeiten betreffe, hielt der Verein zudem fest, dass weit über die Hälfte der rund 2000 wahlberechtigten Liechtensteiner in einem Umkreis von weniger als 100 km von Liechtenstein entfernt wohnten. Mehr über das Briefwahlrecht auf Seite 3.

## Währungseinflüsse schmälerten Hilti-Umsatz

Reingewinn stieg um 15 Prozent auf 192,5 Millionen Franken – Leicht höhere Dividende beantragt



Die Hilti-Gruppe hat letztes Jahr zwar einen deutlichen Umsatzrückgang hinnehmen müssen, den Gewinn aber dennoch markant gesteigert. Die Dividende soll leicht erhöht werden, wie Hilti am Montag in Schaan mitteilte. Der konsolidierte Umsatz sank von 2,237 Milliarden Franken auf 1,983 Milliarden Franken. Der Reingewinn stieg um 15 Prozent auf 192,5 Millionen Franken, der Cash-flow (selbst erarbeitete Mittel) erhöhte sich von 300,3 Millionen auf 310,3 Millionen Franken. Näheres zum Hilti-Ergebnis auf der Wirtschaftsseite. (Bild: vito)

## EU begrüsst neuen Schweizer Vorschlag

(AP) – Die EU hat laut dem Direktor des Bundesamtes für Verkehr, Max Friedli, am Montag den erweiterten Vorschlag der Schweiz im Landverkehr begrüsst. Friedli war zuversichtlich, dass eine generelle Einigung noch unter italienischem EU-Präsidium möglich sei. Eine nächste Sitzung ist kommende Woche geplant. Vertreter der Schweiz und der Europäischen Union kamen am Montag erstmals seit der Erweiterung des Schweizer Verhandlungsmandats am vergangenen 3. April wieder zu Gesprächen über die Regelung des Landverkehrs zusammen. Friedli sagte an einer anschließenden Pressekonferenz in Brüssel, die EU-Delegation habe die neuen Vorschläge der Schweiz positiv aufgenommen und sie als angemessene Basis zur Fortführung der Verhandlungen bezeichnet. Das neue Papier der Schweizer Delegation sieht unter anderem eine schrittweise Erhöhung des Maximalgewichts für Lastwagen von derzeit 28 Tonnen auf die von der EU geforderten 40 Tonnen vor.

## Schweiz: CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf dem Stand von 1990 stabilisiert

Stabilisierungsziel für das Jahr 2000 in Reichweite – Eidgenössisches Departement des Innern veröffentlichte das Inventar der Treibhausgase

Bern (AP) – Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss hat sich in der Schweiz seit 1990 stabilisiert. Damit zählt die Schweiz zu jenen Ländern, die ihr Stabilisierungsziel bis im Jahr 2000 erreichen dürften, wie das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) am Montag mitteilte.

Die Schweiz hatte sich – wie auch Liechtenstein – 1992 am Erdgipfel in Rio verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zur Jahrtausendwende auf dem Stand von 1990 zu stabilisieren und anschliessend zu reduzieren. Die am Montag beim Sekretariat der Klimakonvention eingereichten Treibhausgasinventare 1990 bis 1994 lassen laut EDI den Schluss zu, dass die Schweiz mit ihrem Stabilisierungsziel auf Kurs liegt. Eine nicht unbedeutende Rolle dürfte dabei das schwache Wirtschaftswachstum der letzten Jahre ge-

spielt haben. Denn zwischen Energieverbrauch, Treibhausgas-Emissionen und Wirtschaftsentwicklung bestehe ein enger Zusammenhang, heisst es in der Mitteilung. Ferner dürften sich auch die eher milden Winter der Jahre 1993 und 1994 positiv auf die Bilanz ausgewirkt haben. Die klimatisch bedingten Schwankungen beim Heizenergieverbrauch bewegten sich in einer Grössenordnung, die an der Grundaussage – dem tendenziell stabilen Verlauf der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Zeitraum 1990 bis 1994 – nichts ändere. In der Schweiz stellt der Wald eine bedeutende «Reinigungsanlage» dar, solange mehr Holz nachwächst als geerntet wird. Der Holzzuwachs verbessert die Treibhausgasbilanz um rund zehn Prozent. 1994 trug der Verkehr mit 27,2 Prozent am meisten zum Treibhauseffekt

bei, gefolgt von den Privathaushalten mit 19,7 Prozent und der Landwirtschaft mit 18,8 Prozent. Die Industrie kam auf 18,8 Prozent, Gewerbe und Dienstleistungen stiessen 10,2 Prozent der für die Ozonschicht schädlichen Stoffe aus. Die Abfallwirtschaft war für 5,4 Prozent der Emissionen verantwortlich. In den Inventaren werden die Treibhausgase Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O) sowie die Luftschadstoffe Kohlenmonoxid (CO), Stickoxide (NO<sub>x</sub>) und die flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) ausgewiesen. Die Luftschadstoffe CO, NO<sub>x</sub> und VOC tragen als sogenannte Vorläufersubstanzen indirekt zum Treibhauseffekt bei. Der Treibhauseffekt sei eines der drängendsten globalen Umweltprobleme, schreibt das EDI. Mittlerweile sei erwie-

sen, dass der Mensch mitverantwortlich sei für die Veränderung des Wärmehaushalts der Erde. Der im Dezember 1995 verabschiedete zweite umfassende Bericht des wissenschaftlichen Beratungsgremiums der Klimakonvention (IPCC) stelle fest, dass sich die Veränderung der globalen Durchschnittstemperatur nicht mehr allein durch natürliche Schwankungen erklären lasse. Das nächste Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss unter das Niveau von 1990 zu drücken, dürfte laut EDI unabhängig von der Wirtschaftslage nur mit neuen Massnahmen zu erreichen sein. Im Vordergrund stehen dabei die geplanten Vorlagen CO<sub>2</sub>-Gesetz und Energiegesetz, die Weiterentwicklung des Programms Energie 2000 sowie eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe.